



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

**Büro des Landrats
BL**

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Claudia Kirmeyer

Zi.Nr.: 206

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
claudia.kirmeyer@lra-
ed.de

Erding, 02.10.2012
Az.:

39. Sitzung des Kreisausschusses am 17.09.2012

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Biller, Josef	i.V.v. Gotz Max
Els, Georg	
Kellermann, Otto	i.V.v. Huber Martin
Lackner, Helmut	
Meister, Michaela	
Scharf, Ulrike	
Schmidt, Horst	
Schwimmer, Jakob	
Sterr, Josef	
Stieglmeier, Helga	
Treffler, Stephan	
Wiesmaier, Hans	

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Fuchs-Weber Karin
Steinbach Reinhard
Schacherl Johann
Kirmeyer Claudia (Protokoll)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Informations- und Kommunikationstechnik: Fortschreibung des EDV-Masterplanes
Vorlage: 2012/1117
2. Bekanntgaben und Anfragen
 - 2.1. Bekanntgabe zu Sitzungsterminen
 - 2.2. Anfrage von KRin Stieglmeier zu Austritt aus Planungsregion 14



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

- I. **Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses
am 17.09.2012**
1. **Informations- und Kommunikationstechnik: Fortschreibung des
EDV-Masterplanes
Vorlage: 2012/1117**

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und bittet Herrn Schacherl um nähere Erläuterungen.

Herr Schacherl berichtet anhand einer Powerpointpräsentation über die wesentlichen Aktivitäten der Jahre 2010, der Planungen für das Jahr 2012 und den Ausblick auf die Jahre 2013/14.

Kreisrat Schmidt fragt bezüglich der Umstellung auf Windows 7, ob auch eine Umstellung auf Linux geprüft wurde. Zudem möchte er wissen, wie viele Heimarbeitsplätze es derzeit im Landratsamt gibt und mit wie vielen weiteren zu rechnen ist.

Herr Steinbach erklärt, dass eine Umstellung auf Linux durch die Vielfalt der Fachverfahren nicht möglich ist. Zwar gibt es einige Fachverfahren auf Linux –Servern, Arbeitsplätze auf Linuxbasis sind von vielen Herstellern aber nicht geplant. Nach wie vor wird Windows in Verbindung mit Oracle angewendet. Derzeit gibt es etwa 15 Heimarbeitsplätze. Diese sind in verschiedenen Bereichen angesiedelt. Dementsprechend werden verschiedene Programme genutzt, die nicht auf einem gemeinsamen Terminalserver laufen können. Die Heimarbeitsplätze werden über RSA-Technik angemeldet und auf den Terminalserver geleitet. Wenn etwa die Mitarbeiter im Ausländeramt auf ihre PCs zurückgreifen wollen, müssen diese immer laufen. Das ist IT-sicherheitstechnisch höchst bedenklich. Die Netup wurde erweitert, ebenso wie die VM-Ware. Alte Server werden jetzt frei und können für neue Heimarbeitsplätze genutzt werden.

Der Vorsitzende ergänzt, dass es schwierig einzuschätzen ist, wie viele Heimarbeitsplätze zu erwarten sind. Es gibt bei der Genehmigungspraxis eine klare Regelung. Es werden besondere Situationen wie schulpflichtige Kinder berücksichtigt. Schwierig ist, dass der Heimarbeitsplatz im Landratsamt trotzdem vorhanden sein muss. Es gibt daher keine Entlastung bezüglich der Raumsituation. Zudem muss sicher gestellt werden, dass die Mitarbeiter immer noch regelmäßig ins Landratsamt kommen. Es müssen Termine abgestimmt werden und die Zusammenarbeit im Team muss funktionieren. Ein Heimarbeitsplatz ist natürlich mit zusätzlichen Kosten verbunden. Es soll aber den Frauen, die sich für Beruf und Familie entscheiden Unterstützung angeboten werden, indem sie einen Teil ihrer Arbeitszeit von zuhause bewerkstelligen. Das Angebot wird gut angenommen.

Kreisrat Lackner weist auf den großen Umfang der Umstellung der Office-Anwendungen hin. Es sind auch die Gemeinden betroffen. Neben der Anschaffung ist auch die Schulung der Mitarbeiter sehr kostenintensiv. Er fragt, ob der Landkreis diesbezüglich mit den Gemeinden zusammenarbeiten kann. Zudem fragt er, ob Aussicht auf eine Geschwindigkeitserhöhung im Landkreisbehördennetz besteht.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Steinbach antwortet, dass momentan der hauseigene Schulungsraum virtualisiert wird. Es können dann verschiedene Office-Versionen angeboten werden. Es gibt bezüglich der Umstellung auf Windows 7 eine Anfrage aus Oberding. Die Stadt Erding hat die Umstellung bereits vorgenommen und den Raum für Schulungen genutzt, dabei aber auf einen externen Trainer zurück gegriffen. Die EDV-Abteilung des Landratsamtes wird solche Schulungen allein nicht stemmen können. Zur LKBN-Geschwindigkeit erklärt Herr Steinbach, dass am 3. Oktober durch Herrn Stör von LivingData neue Router vorgestellt werden. Derzeit scheint die SonicWall100 der Grund für die geringe Geschwindigkeit von 5 MBit zu sein. Es muss in einem hoch verschlüsselten Tunnel gearbeitet werden. Die SonicWall GT605 hat eine interne Arbeitsgeschwindigkeit von 100 MBit, die Geschwindigkeit sollte also erheblich verbessert werden können. Bislang gibt es aber dafür noch keine von BayernCert geforderte Zertifizierung. Es wird aber sicher eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Die tatsächliche Geschwindigkeit hängt von dem jeweiligen DSL-Router ab. Deshalb wurde bei Vodafone zusätzlich ein LTE-Router mit bis zu 50 MBit angefordert. Dieser wird in allen Gemeinden getestet.

Kreisrat Wiesmaier ist froh, dass die Gemeinden auf der Plattform des Landkreis-Behördennetzes kommunizieren können. Die Durchgängigkeit ist aber nicht ausreichend vorhanden. Es gibt ein Förderprogramm in Bayern, bei dem jährlich fast 100 Mio. € für Betriebe, die sich in räumlicher Nähe befinden, ausgeschüttet werden sollen. Er würde dieses Förderprogramm gerne auf die öffentlichen Räume (Rathäuser und Verwaltungen) ausweiten. Es kann nicht sein, dass Gewerbebetriebe einen Anspruch von 50.000 MBit gewährleisten müssen und die Behörden davon weit entfernt sind. Auch der Landkreistag hat sich bereits mit dieser Thematik befasst. Im Rahmen des Bayerischen Gemeindetages wurde eine Umfrage durchgeführt. Keine der 26 Gemeinden hat bereits ein Glasfaserkabel im Rathaus. Das muss sich in Zukunft ändern, damit auch eine adäquate Geschwindigkeit erreicht werden kann. Das Thema ist existenziell wichtig für die zukünftigen Aufgaben der Kommunalverwaltung.

Herr Steinbach fügt hinzu, dass er auf der Geschäftsleiterkonferenz dargestellt hat, dass die Firma Telekom das System esaNet connect mit 10 MBit synchron anbietet. Die Kosten dafür betragen aber über 400 € im Monat. Das ist aber derzeit die einzige Alternative.

Kreisrätin Meister geht davon aus, dass das Landkreis-Behördennetz rege genutzt wird. Sie fragt, ob es bereits eine Rückmeldung bezüglich der zusätzlichen Serviceleistungen, wie der Archivierung gibt.

Herr Steinbach antwortet, dass die Funktionen in der nächsten Sitzung des Arbeitskreises Landkreis-Behördennetz und auch den Bürgermeistern vorgestellt werden. Es gibt die Möglichkeit, mit Hilfe eines Speichermediums sehr günstig Speicherplatz anzubieten. Die Einmalkosten für kleine Gemeinden betragen nur wenige 100 €, die laufenden Kosten unter 100 € für einen sicheren Archivierungsplatz im Landratsamt.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende verliest daraufhin folgenden Beschlussvorschlag:

Die Fortschreibung des EDV-Masterplanes 2012 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

2. Bekanntgaben und Anfragen

2.1. Bekanntgabe zu Sitzungsterminen

Der Vorsitzende gibt zur Umfrage bei den Fraktionen bezüglich des Sitzungsbeginns bekannt, dass sich mehrere Fraktionen geäußert haben. CSU und Freie Wähler haben sich eindeutig zum Sitzungsbeginn 14.00 Uhr geäußert. Die SPD spricht sich für einen Beginn um 15.00 Uhr aus. Bündnis 90 /Die Grünen favorisieren bei längeren Sitzungen 14.00 Uhr, ansonsten 15.00 Uhr. Montag soll als überwiegender Tag für Sitzungen bleiben. Die Republikaner haben sich ebenfalls für einen Beginn um 15.00 Uhr ausgesprochen. Er hält einen alternierenden Sitzungsbeginn aufgrund möglicher auftretender Missverständnisse für schwierig. Bis auf Weiteres soll der Sitzungstermin bei 14.00 Uhr belassen werden. Wenn diesbezüglich ein Antrag gestellt wird, müsste die entsprechende Passage in der Geschäftsordnung abgeändert werden. In der Vergangenheit gab es bei einem Sitzungsbeginn um 15.00 Uhr immer wieder Schwierigkeiten mit Anschlussterminen. Eine Änderung ergibt wohl keine großartigen Verbesserungen.

Kreisrätin Stieglmeier stellt fest, dass der Wunsch nach einem Sitzungsbeginn um 14.00 Uhr von den Bürgermeistern kommt, die häufig Anschlusstermine haben. Sie weist darauf hin, dass alle Kreistagsmitglieder berufstätig sind. Eine Stunde macht sehr viel aus. Dramatischer ist es aber, wenn Sitzungen auf andere Tage geschoben werden. Viele richten sich ihre Arbeit so ein, dass der Montagnachmittag freigehalten wird. Sie hält einen alternierenden Sitzungsbeginn durchaus für möglich, insbesondere wenn die Kreisräte wissen, dass die Sitzungen um 14.00 oder um 15.00 Uhr beginnen können.

Der Vorsitzende argumentiert, dass der Sitzungsbeginn in der Einladung trotzdem immer wieder überlesen wird.

Kreisrat Schmidt sagt, dass die Berufstätigen mit einem Sitzungstermin um 15.00 Uhr deutlich mehr entlastet werden. Die Bürgermeister können am ehesten ihre Termine selbst bestimmen. Es gibt auch Kreistagsmitglieder, die in München arbeiten. Er spricht sich für einen Sitzungstermin um 15.00 Uhr aus, wenn es notwendig ist, kann eine Sitzung auch einmal um 14.00 angesetzt werden.

Der Vorsitzende betont, dass die Bekanntgabe nur Informationszwecken dienen sollte. Es kann jetzt kein Beschluss gefasst werden. Gegebenenfalls müssen weitere Veranlassungen erfolgen.



2.2. Anfrage von KRin Stieglmeier zu Austritt aus Planungsregion 14

Kreisrätin Stieglmeier zeigt sich irritiert über die verschiedenen Pressemeldungen, es gibt sehr wohl unterschiedliche Beschlusslagen in den Gemeinden bezüglich des Ausstiegs aus der Planungsregion 14. Nach ihrer Erinnerung sei der Austritt aus der Planungsregion in der Bürgermeisterdienstbesprechung einstimmig beschlossen worden. Sie möchte zudem wissen, ob die abweichenden Beschlüsse in den Gemeinden Auswirkungen auf den Wunsch des Landkreises haben, aus der Planungsregion 14 auszusteigen.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende antwortet, dass der entsprechende Beschluss mit einer 2 Drittel –Mehrheit im Kreistag gefasst wurde. Daher werden auch entsprechende Anträge gestellt. Die Gemeinden werden im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der Planungsregion auch entsprechend berücksichtigt. Es ist abzuwarten, wie sich die Gemeinden positionieren. Die Gemeinden leiten ihre Stellungnahme direkt weiter. Zudem sollen die gemeindlichen Stellungnahmen in einer gemeinsamen Stellungnahme des Landkreises eingearbeitet werden. Die Stellungnahme zum LEP wird natürlich an einzelnen Positionen festgelegt. Bisher hat sich der Landkreis immer an den Vorgaben und Positionen der Gemeinden orientiert. Es wird immer versucht, die Mehrheitsmeinung umzusetzen. Die einzelnen Positionen werden in der nächsten Sitzung des Strukturausschusses behandelt. Der Landkreis Erding hat dafür keine Fristverlängerung bekommen, sondern die Mitteilung, dass verspätet eingehende Stellungnahmen trotzdem gewertet werden. Es muss daher keine Eilsitzung einberufen werden.

Kreisrat Schmidt betont, dass die durch das Wirtschaftsministerium gesetzte Frist eine Zumutung für die Gemeinden und Landkreise ist. Er hofft, dass Landkreis- und Gemeindetag dies dem Ministerium nochmals deutlich machen.

Der Vorsitzende sagt, dass von Seiten der Kommunalen Spitzenverbände schon Derartiges in die Wege geleitet wurde.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende die Sitzung des Kreisausschusses um 16:05 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Claudia Kirmeyer
Verwaltungsangestellte